

Erdbebengefahr wurde unterschätzt

Kantone Basel-Stadt und Jura fordern vertiefende Studie zum AKW Fessenheim

PETER SCHENK

Die französischen Behörden sollen die möglichen Auswirkungen eines Erdbebens auf das AKW Fessenheim zur Zehnjahresinspektion 2009 nach heutigem Wissensstand neu bewerten.

Der Basler Regierungsrat Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartements, nennt es zurückhaltend eine Empfehlung, aber es ist eine Forderung: Die französischen Behörden sollen nach heutigem Wissensstand überprüfen, wie sicher das AKW Fessenheim bei einem Erdbeben ist. Sie stützt sich auf eine Expertise, welche die Kantone Basel-Stadt und Jura zu dieser Frage in Auftrag gegeben haben – Baselland wurde angefragt, wollte aber nicht mitmachen.

Gestern stellte Morin die Expertise gemeinsam mit Carlo Conti, dem Vorsteher des Gesundheitsdepartements Basel-Stadt, und dem jurassischen Gesundheitsminister Philippe Receveur vor. Darin ging es laut Mitautor Martin G. Koller von der Genfer Firma Résonance Ingénieurs-Conseil darum, zu überprüfen, wie die Studien im Hinblick auf die 2009 anstehende Zehnjahresinspektion des AKW aussehen.

Dabei stellte sich heraus, dass die Voraussetzungen, von denen die französischen Behörden ausgehen, in mehreren Punkten zu optimistisch seien. Dies beziehe sich auf die Entfernung vom AKW, in der sich ein Erdbeben wie 1356 in Basel ereignen könnte, die fehlende Berücksichtigung eines lokalen Bebens und die Magnitude. Das historische Beben von Basel ist für Betreiber Electricité de France das Referenzbeben. Laut Koller setzen die Franzosen dieses Beben auf der Richterskala mit 6,0 an, die Schweizer Experten gingen aber von 6,9 aus. «Eine Magnitude entspricht 30-mal mehr Energie. Die Franzosen sind optimistisch. Das ist aus unserer Sicht nicht akzeptierbar.»

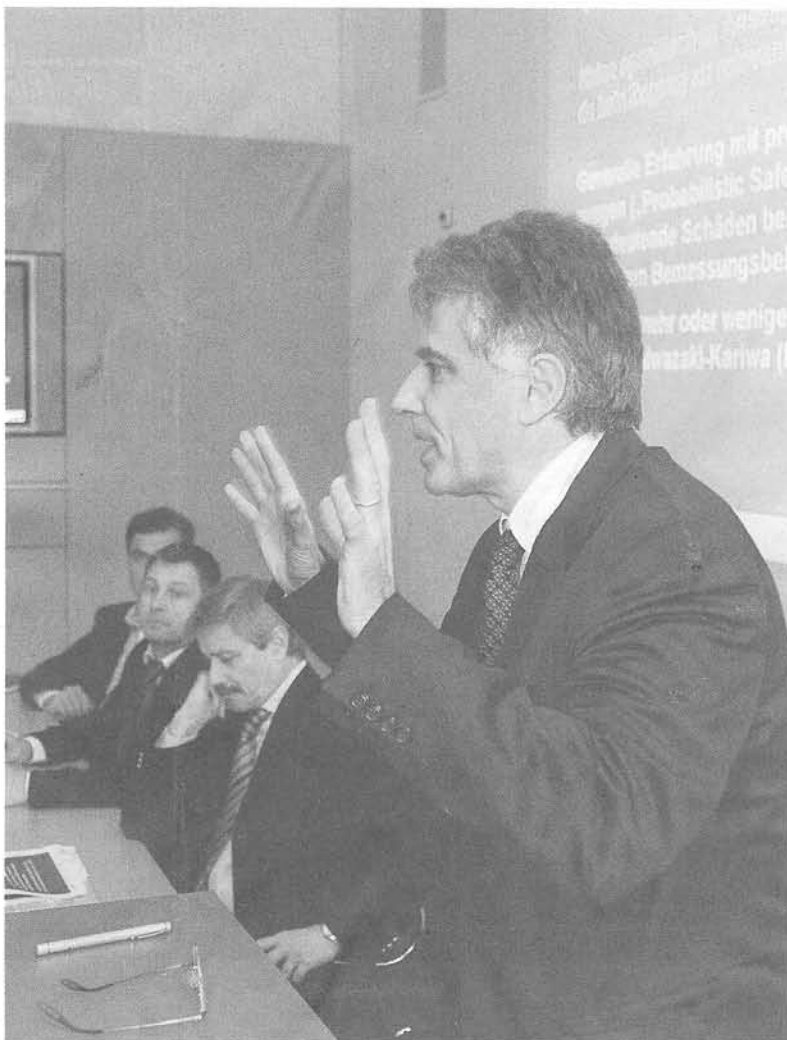
Ferner betonte Koller: «95 Prozent aller Seismologen sagen, dass man ein lokales Beben berücksichtigen muss» – was in Bezug auf Fessenheim nicht geschehe.

VERLETZLICHKEIT. Wie verletzlich das AKW auf ein Beben reagieren würde, konnte Koller nicht sagen, da er dafür Zugang zu vielen vertraulichen Dokumenten hätte haben müssen. Er vertrat allerdings

die Auffassung, dass die tatsächliche Verletzlichkeit wahrscheinlich signifikant geringer sei, als es gemäss konventionellen Berechnungen anzunehmen wäre.

Die neue Erdbebenstudie soll lokale Beben ebenso berücksichtigen wie die Bodeneigenschaften vor Ort und überprüfen, wie die Kraftwerkstrukturen bei einem Beben reagieren. Basel und der Jura stehen mit ihrer Forderung nicht allein. Erst kürzlich hatte sich der Generalrat Oberelsass auf der Sitzung der Überwachungskommission zum AKW ähnlich geäußert.

Morin verstent das Basler Auftreten nicht als Einmischung in Angelegenheiten eines fremden Staates: «Umweltrisiken machen vor der Grenze nicht halt. Wie Deutsche und Franzosen verlangen, dass sie bei der Risikoabschätzung der Basler Geothermie beteiligt werden, wollen wir an der Risikobeurteilung von Fessenheim beteiligt werden.» Die Expertise wurde den französischen Behörden zugestellt.



«Zu optimistisch». Martin G. Koller stellt die Expertise vor. Foto Daniel Desborough